

Dokumentiert:

Das DIW Berlin im Wortlaut zu Kindergeld und zu verbesserten Erhebungsverfahren

„Mit überhöhten Zahlen Politik machen?“

Das DIW Berlin hat sich ausdrücklich gegen die zum 1. Januar 2010 vorgenommene Aufstockung des Kindergelds ausgesprochen:

„Eine ausschließliche Aufstockung monetärer Transfers zur Reduktion von Kinderarmut ist [...] jedoch nicht nachhaltig, da so zwar die Symptome, aber nicht die Ursachen von Armut kuriert werden. Es gibt deutliche Hinweise auf erfolgreiche Armutsbekämpfung mit Hilfe zielgruppenspezifischer monetärer und nichtmonetärer Unterstützung im Zusammenhang mit der Einführung des Elterngeldes sowie des Ausbaus der Kinderbetreuungsinfrastruktur, insbesondere für Kinder ab drei Jahren. **Mit der zum 1. Januar 2010 beschlossenen Erhöhung des Kindergeldes wird das Problem der zunehmenden Kinderarmut aber nicht adäquat bekämpft.**

Quelle: DIW Wochenbericht, Nr. 7/2010, Seite 3

„Im Vergleich zum Gießkannenprinzip, nach dem man zum Beispiel jedem 20 Euro mehr Kindergeld gibt, haben wir in den letzten Jahrzehnten beobachtet, **wie die Politik zielgruppenorientierter und damit wirkungsvoller vorgehen kann.** Kurz nach der Einführung der Pflegeversicherung etwa ist das Armutsrisiko in Haushalten mit pflegebedürftigen Personen gesunken. Wir sahen kurz nach Einführung des Elterngeldes eine gewisse Entlastung von Eltern mit kleinen Kindern, und wir sahen auch einen deutlichen Rückgang des Einkommensarmutsrisikos von Personen, die von Kinderbetreuungseinrichtungen profitieren konnten. Insofern sind Transferleistungen wirkungsvoller, wenn sie zielgerichtet und nicht breit gestreut sind.“

Quelle: DIW Wochenbericht, Nr. 7/2010, Seite 11

„Peinliche Datenpannen?“

Die neue Analyseverfahren des DIW Berlin wurde erstmals für das Jahresgutachten 2009 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung benutzt. Erläutert wurde die neue Methodik im DIW-Wochenbericht 51-52/2009 und im DIW-Wochenbericht Nr. 7/2010. Darin hat sich das DIW Berlin mit den Schwierigkeiten bei der Erhebung von Einkommensdaten ausführlich auseinandergesetzt – und ausdrücklich erläutert, warum aufgrund verbesserter Erhebungsmethoden die Daten für Kinderarmut rückwirkend angepasst wurden:

Ein Standardproblem in allen Bevölkerungsumfragen sind fehlende Angaben einzelner Befragungshaushalte, insbesondere bei als heikel empfundenen Fragen wie solchen nach dem Einkommen. Dabei ist festzustellen, dass insbesondere Haushalte mit über- oder unterdurchschnittlichen Einkommen die Angabe verweigern. In den hier analysierten Daten des SOEP werden fehlende Antwortangaben im Rahmen aufwendiger, quer- und längsschnittbasierter Imputationsverfahren ersetzt. Dies betrifft auch fehlende Angaben bei vollständiger Verweigerung einzelner Haushaltsmitglieder in ansonsten befragungswilligen Haushalten (*Partial Unit Nonresponse*). In diesen Fällen wird seit 2009 (rückwirkend für alle Jahre) ein aufwendiges mehrstufiges Verfahren für sechs einzelne Brutto-Einkommenskomponenten (Erwerbseinkommen, Renten sowie Transferleistungen im Falle von Arbeitslosigkeit, Ausbildung/Studium, Mutterschutz/Erziehungsgeld/Elterngeld und private Transfers) angewandt.² Dabei werden mit jeder neuen Datenerhebung immer alle fehlenden Werte auch rückwirkend neu imputiert, was gegebenenfalls zu leichten Veränderungen gegenüber früheren Auswertungen führen kann.

Die diesen Analysen zugrunde liegenden Mikrodaten des SOEP ergeben nach Anwendung von Hochrechnungs- und Gewichtungsfaktoren ein repräsentatives Bild der Bevölkerung in Privathaushalten und erlauben somit Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit. Die sogenannte Anstaltsbevölkerung (zum Beispiel in Altersheimen) bleibt unberücksichtigt. Diese Gewichtungsfaktoren korrigieren Unterschiede im Ziehungsdesign der diversen SOEP-Stichproben sowie im Teilnahmeverhalten der Befragten nach dem ersten Interview. **Um die Kompatibilität mit der amtlichen Statistik zu erhöhen, werden die oben genannten Faktoren an Rahmendaten des Mikrozensus der amtlichen Statistik angepasst. Dabei wurde im Jahr 2009 eine grundlegende Revision rückwirkend für alle Erhebungsjahre des SOEP vorgenommen.** Durch diese nachhaltige Verbesserung der Imputations- und Gewichtungsverfahren unterscheiden sich Detailergebnisse für die Analysejahre bis 2007 von früheren Veröffentlichungen des DIW Berlin: Dies betrifft jedoch lediglich die Niveaus von Armutsrisiko und Ungleichheit, während sich für die intertemporale Entwicklung im Untersuchungszeitraum die exakt gleichen Trends darstellen wie bisher berichtet. Die vorliegenden Ergebnisse sind direkt vergleichbar mit den Befunden im Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 51–52/2009 sowie im Jahresgutachten 2009 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Quelle: DIW Wochenbericht, Nr. 7/2010, Seite 4/5